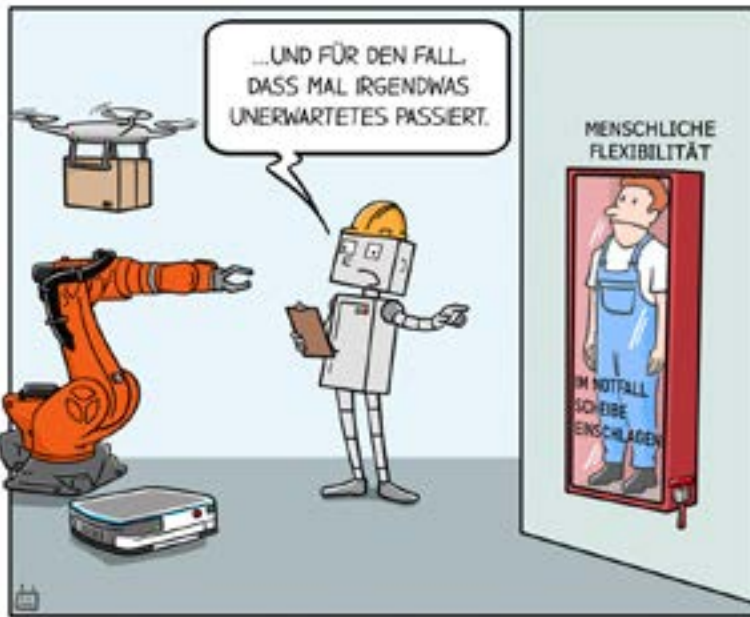


ALLNEX: JETZT SOLL DER HAMBURGER SENAT SICH EINSCHALTEN

Hamburg // Der Protest der Kolleginnen und Kollegen von Allnex zieht politische Kreise. Auf der Konferenz des größten Hamburger SPD-Kreises bezeichnete Finanzsenator Andreas Dressel die geplante Schließung als „absurd“ und hat seinen Besuch bei Allnex angekündigt. In einem Initiativantrag aller 17 Wandsbeker SPD-Distrikte (Ortsvereine) forderten die Delegierten die SPD-Mitglieder im Hamburger Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Arbeits- und Ausbildungsplätze am Standort erhalten bleiben und Entwicklungspotenzial aufgezeigt wird. **Mehr auf Seite 2**

DIGITALE TRANSFORMATION 0%  100%

Wer darf im Betrieb welche Daten erheben und nutzen?



Hamburg/Berlin // Es besteht Handlungsbedarf gegen ein Zuviel an Kontrolle der Beschäftigten am Arbeitsplatz durch künstliche Intelligenz. Schon jetzt kann sie kontrollieren, wie viel und wie effizient Beschäftigte arbeiten. Der Einsatz künstlicher Intelligenz im Betrieb ist ein Thema vor allem auch für Betriebsräte, etwa für anstehende Betriebsvereinbarungen.

In einem neuen Gesetz wollen Arbeitsminister Hubertus Heil und Innenministerin Nancy Faeser (beide SPD) regeln, wer im Arbeitsleben welche Daten für welche Zwecke erheben und zur Information nutzen darf. Ihr Ziel ist es, „dass gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Arbeitsschutz auch in der digitalen Welt gelten“ sollen.

Fortsetzung und weitere Themen unserer Serie auf den Seiten 4 und 5.

IN DIESEM REPORT

Seite 2:

- Jan Koltze: Arbeitsschutz als Führungsaufgabe
- Komplexer Abschluss bei Artisan

Seite 3:

- Industriestrompreis: IGBCE-Initiative vor Erfolg?
- Neue Perspektive für die Hohe Schaar in Hamburg?

Seite 6:

Spezielle News für alle jungen Mitglieder:

- „How to Betriebsvereinbarung“
- Bericht vom JAV-Kongress in Berlin

Seite 8:

Henrike Rauber wird den Bezirk verlassen



WERBEN & GEWINNEN!



Pay now eat later

Gutscheine zum Einlösen in eurer Gegend oder unterwegs, vom Streetfood bis zur Sterneküche: Mit uns habt ihr die ganze Restaurant-Bandbreite Hamburgs und des Umlands in einem Gutschein. Wir belohnen unsere drei besten Werber*innen mit Gutscheinen zu 75 EUR.

Mehr auf Seite 8

WAS VERANTWORTLICHES HANDELN VON UNS ALLEN VERLANGT

*Liebe Kolleginnen
und Kollegen,*



Der tragische Tod von drei Kollegen bei Aurubis lässt uns immer noch fassungslos zurück.

Wir trauern mit den Angehörigen, den Freunden und natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen, die mit ihnen zusammengearbeitet haben und sich mit ihnen verbunden fühlten. Aber Anteilnahme hört nicht mit großen Traueranzeigen und nicht mit Spendenüberweisungen auf. Es ist gut, dass Unternehmensleitungen – wie hier der Vorstand von Aurubis – schnell den betroffenen Familien Hilfestellung geleistet hat und weiter leistet. Auch ist die Bereitschaft aus der Belegschaft und aus dem Umfeld der Familien zu helfen das richtige Signal der Solidarität.

Aber es wird noch mehr benötigen um den Angehörigen in dieser Situation auch langfristig zu helfen. Dies sind wir allen Beteiligten, allen mittelbar und unmittelbar Betroffenen, schuldig.

Aber auch als Gewerkschafter nehmen wir Verantwortung in dieser Situation ernst. Schließlich war der Kampf für Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden ein wesentlicher Grund für unsere Entstehung im 19. Jahrhundert, und natürlich haben Gewerkschaften auch wesentlich dafür gesorgt den gesetzlichen Arbeitsschutz durchzusetzen.

Was bedeutet das für das sichere Handeln im Betrieb? Alle, die zum Arbeitsbeginn gesund im Betrieb erscheinen, erwarten zu Recht, dass sie genauso gesund wieder nach Hause gehen können. Jeder Unfall wirft Fragen auf nach dem Warum, nach dem Wie, nach der Verantwortung und vor allem die Frage, wie es erreicht werden kann, dass so etwas nie wieder passiert. Deswegen sind ja auch die gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungsstellen gefragt, um die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Verantwortliches Handeln aber verlangt noch mehr: Unfälle sind für uns Ansporn, mit darauf zu achten und zu drängen, dass Arbeitsschutzbestimmungen auch konsequent umgesetzt und eingehalten werden.

Deshalb setzen sich unsere Betriebsräte intensiv und fachkundig mit diesen Themen auseinander. Wichtig ist, dass die Betriebsräte bei der Aufarbeitung und bei der Bewertung der Folgen transparent von den Vorständen mitgenommen werden. Es müssen Strukturen so geschaffen werden, dass Arbeitsschutz immer mitgedacht wird und Fehler auch rechtzeitig aufgedeckt werden können – Redundanz ist hier das Stichwort.

Und, nicht an letzter Stelle: Es braucht ein Klima im Betrieb, in dem sicheres Handeln die Regel ist und Verstöße dagegen nicht akzeptiert werden – vor allem auch keine Ausreden!

Euer

Ju Wolke

REGIERUNGSPARTEI WILL ALLNEX ERHALTEN WISSEN



Allnex-Präsenz bei der SPD-Konferenz u. a. mit Finanzsenator Andreas Dressel (vorne rechts) und SPD-MdB Aydan Özoğuz (vorne, Mitte)

Hamburg // Auf der Delegiertenversammlung des SPD-Kreises Wandsbek hat André Bäker, Vorsitzender der Allnex-Vertrauensleute, in einer eindringlichen Rede die Delegierten vom Anliegen der 130 Beschäftigten und ihrer Familien überzeugt: Keine Schließung! IGBCE-Betriebssekretärin Ute Sierck: „Auch die Abgeordneten Juliane Timmermann, Cem Berk und Uwe Lohmann waren tolle Fürsprecher.“

In dem einstimmig beschlossenen Antrag heißt es ganz deutlich: „Wir erwarten von der Konzernleitung, auf betriebsbedingte Kündigungen, Produktionsverlagerungen und Werksschließungen zu verzichten.“

Ute Sierck zu den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung: „Im Zeitstrahl der Schließung sind wir immer noch in der Informationsphase.“

KOMPLEXE LÖSUNG BEI

Lüchow // Bei Artesan in Lüchow ist es nach achttägigen Verhandlungen gelungen, einen zukunftsfähigen Tarifabschluss zu erzielen. Kim Fleischmann

(Foto), Betriebssekretär: „Das Unternehmen hat uns glaubhaft gemacht, dass es nicht die Entgelte der Chemischen Industrie gefahrlos anwenden kann. Deswegen haben wir gemeinsam eine modernere Entgeltstruktur erarbeitet. Das Besondere daran ist, dass sich die Beschäftigten im Bereich E3–E8 durch erlernte Fähigkeiten bis zu 200 Euro zusätzliches Einkommen sichern können, ohne eine höherwertige Stelle besetzen zu müssen.“

Weiteres: Einführung von zwei Entgeltstufen bei E2 (3 und 6 Jahre), im Tarifentgelt gibt es ab 1. Juli 100 € pauschal brutto, ab 1.1.2025 100 € pauschal brutto und einmalige Zahlungen am 1. Juli 500 € netto plus 250 € Inflationsausgleichszahlung nur für IGBCE-Mitglieder. Außerdem wurden drei Tage Freistellung oder Auszahlung von 13,8 % eines monatlichen Tarifentgelts vereinbart als Teil des Tarifvertrags „Moderne Arbeitswelt“. Zu Artesan gehören Marken wie Klosterfrau, Medisana, Maria Galland und Farco.



Industriestrompreis: IGBCE-Initiative vor dem Erfolg in Berlin und Brüssel?



Initialzündung am 9. März: Mehrere hundert Beschäftigte gingen in Neuss beim bundesweiten Aktions-tag für einen fairen Industriestrompreis auf die Straße. Credit: IGBCE/Frank Rogne

Hannover // Die Einführung eines Industriestrompreises wäre mit europäischem Beihilferecht vereinbar. Das hat ein juristisches Gutachten der renommierten Wirtschaftskanzlei Becker Büttner Held (BBH) ergeben. Die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE hatte diese Prüfung in Auftrag gegeben. Sie ist auch Argumentationsfutter für eure politischen Diskussionen zur Frage, ob wir die energieintensive Industrie in Deutschland halten wollen – oder eben nicht.

Die Fachleute für Energie- und EU-Recht kommen in ihrer Kurzbewertung zu dem Ergebnis, dass die Einführung eines Industriestrompreises in der aktuell politisch diskutierten Form zwar voraussichtlich als Beihilfe zu werten sei. Diese sei aber mit dem Binnenmarkt vereinbar, weil sie einen legitimen klimapolitischen Zweck verfolge und weil sie „wegen der internationalen Wettbewerbssituation (...) erforderlich (...) und angesichts der angedachten Ausgestaltung auch geeignet und angemessen (...) wäre“.

Vassiliadis kritisiert „Bedenkenträge“

Die Gesamtbilanz der Einführung eines Industriestrompreises wäre positiv zu bewerten, da sich die Beeinträchtigung des Handels auf ein Minimum beschränke, während der Beitrag zu den klimapolitischen Zielen als besonders wichtig einzuordnen ist. Er sei erforderlich, soweit und solange kein anderes, gleichermaßen geeignetes und vor allem kurzfristig umsetzbares, verlässliches Mittel

zur Verfügung stehe.

Der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis betont: „Das Gutachten zeigt deutlich: Rechtliche Bedenkenträgerei ist Unsinn, juristisch ist der Industriestrompreis für energieintensive Industrien möglich. Es kommt jetzt auf den politischen Willen und auf die Frage an, ob wir die energieintensive Industrie in Deutschland halten wollen – oder eben nicht.“

Dafür ist inzwischen eine länder- und parteiübergreifende Mehrheit unter den Landeswirtschaftsministerinnen und -ministern absehbar. Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD): „Das ist insbesondere für die Industrie wichtig, die sich in einem harten internationalen Standortwettbewerb befindet, und wir dürfen uns dabei nicht selbst das Leben schwer machen, indem wir uns bei der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes selbst ausbremsen.“

Die ganze Studie:



NEUES FÜR DIE „HOHE SCHAAR“

Hamburg // Innerhalb des Hamburger Hafens soll das über Jahrzehnte hinweg vor allem durch die Mineralölwirtschaft genutzte Areal im Bereich „Hohe Schaar“, also am Südrand des Elbe-Hafens, zu einem Wasserstoff-Cluster entwickelt werden. Das sagte Hamburgs Senatorin für Wirtschaft und Innovation Melanie Leonhard (SPD) im Gespräch mit dem Hamburger „Täglichen Hafenbericht“ (thb).

In den zurückliegenden Wochen war die Senatorin intensiv auch in Sachen Energie der Zukunft unterwegs, so etwa an der Spitze einer 40-köpfigen Wirtschaftsdelegation nach Dänemark und Norwegen. Es geht darum, entsprechende Energieströme aus diesen beiden Ländern auch über den Hamburger Hafen zu lenken, da die vor Ort erst noch aufzubauenden Kapazitäten erst in einigen Jahren zur Verfügung stehen und dann auch nicht ausreichen werden, um nur den Hamburger Bedarf zu decken.

Wasserstoff für Hamburgs Industrie

Denn ein großer Nachfrager nach Wasserstoff & Co. wird künftig die Industrie sein, die an der Elbe weiterhin stark vertreten ist und das auch nach dem Willen des SPD-Grünen-Senats bleiben soll. Diese Industrie wiederum ist mit dem Hafen traditionell eng verzahnt und sorgt so über die Jahrzehnte hinweg für eine stabile Loco-Quote beim Seegüterumschlag. Das ist der Anteil an Waren, der in der Metropolregion verbleibt und nicht ins „Hinterland“ geht.



Die „unsichtbare Diskriminierung durch Algorithmen“ stoppen!



Zum Umgang mit dem Thema Transformation sagt Henrike Rauber: „Die Ausgangsüberlegung muss immer sein, dass Informations- und Unternehmensstrategien erkannt und gegebenenfalls erarbeitet werden müssen. Viele Fachkenntnisse können wohl nur selbst entwickelt werden. Aber dabei muss man die Frage beantworten: Was mache ich selbst und wo kann ich Expertise von innen und außen beschaffen?“

Auf jeden Fall ist es wichtig, eine Zukunftsvereinbarung im Betrieb einzufordern. Dafür müssen die Beteiligungs- und Mitbestimmungsprozesse definiert werden. Die betriebliche Mitbestimmung braucht ein Update, damit wir langfristig gute Arbeit sichern und der Transformation unserer Wirtschaft zusätzlichen Rückenwind geben können.

Umgang mit Daten regeln

In Betriebsvereinbarungen heißt es beispielsweise ...

„Geschäftsführung und Betriebsrat stimmen darüber überein, dass alle Auswertungen von Mitarbeiterdaten nur dann zulässig sind, wenn gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Anforderungen erfüllt werden müssen.“

„Sämtliche Leistungsdaten, die das System erfasst, dürfen weder direkt noch indirekt zum Gegenstand arbeitsrechtlicher Maßnahmen gemacht werden.“

„Auswertungen sind grundsätzlich ohne Personenbezug vorzunehmen [...]. Es sei denn, dass dies durch gesonderte Betriebsvereinbarung im Einzelfall gestattet wird.“

„Eine Übermittlung von Daten an Externe [...] bedarf einer vorhergehenden Prüfung durch den betrieblichen Datenschutzbeauftragten und der Zustimmung durch den Betriebsrat.“

Rauber weiter: „Wir wollen die oft unsichtbare Diskriminierung durch Algorithmen stoppen. Betriebsräte müssen auch hier bei Themen wie Personalplanung, Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) und Weiterbildung mit Initiativrechten ausgestattet werden. Wir geben gerne

Hilfestellung zum Beispiel bei Betriebsvereinbarungen.“

Dass Algorithmen faire Entscheidungen treffen, erweise sich „leider oft als Trugschluss“, sagt Carsten Orwat vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse. Er und seine Kollegen vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) haben sich mit der Frage befasst, wie objektiv die Entscheidungen der Algorithmen tatsächlich sind. Ihr Ergebnis: „Werden Daten verarbeitet, die Bewertungen von Menschen über anderer Menschen beinhalten, so können sich Ungleichheiten und Diskriminierungen sogar verbreiten oder verstärken.“

Es geht weiter: „Sehr oft wird Technik entwickelt, die dann diejenigen, die ohnehin schon sozial schwach sind, noch stärker belastet“, erklärt Sandra Wachter, die sich an der Universität Oxford mit den rechtlichen und ethischen Folgen der künstlichen Intelligenz auseinandersetzt. Die Betroffenen wissen jedoch häufig nicht, dass sie Opfer von Diskriminierung werden, und können sich daher nicht zur Wehr setzen. Frauen bemerken zum Beispiel nicht, dass sie bei der Kreditvergabe benachteiligt werden, dass sogenannte Symptom-Checker-Apps ihre Krankheitssymptome falsch deuten und deshalb im Ernstfall lebensgefährdend sein können. Schwarze Menschen werden von Gesichtserkennungssoftware schlechter wahrgenommen.

TRANSFORMATION: EIN PROZESS OHNE ENDE

Bei der Transformation haben wir es mit zahlreichen parallel verlaufenden Entwicklungen inmitten großer Umbrüche zu tun:

- Industrie 4.0 (automatisiert, vernetzt, zeit- und ortsunabhängig/global)
- Digitalisierung (neue Technologien im Arbeitsalltag)
- künstliche Intelligenz (Chatbot, ChatGTP etc.)
- Klimawandel (z. B. Zunahme von extremem Wetter mit gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Konsequenzen)
- demografischer Wandel (z. B. auch Fachkräftemangel)
- Dekarbonisierung (Reduzierung von Kohlendioxidemissionen durch den Einsatz kohlenstoffarmer Energiequellen) und Defossilisierung (Ersatz von Braunkohle, Steinkohle, Torf, Erdgas und Erdöl)

Weil dies alles zusammen stattfindet, spricht man nicht mehr von Strukturwandel, sondern von Transformation. Er ist ein Prozess ohne erkennbares Ende.

UNSER LEXIKON DER DIGITALISIERUNG

Wir haben viele Fachbegriffe erklärt. Hier geht's zum Lexikon der Digitalisierung:





„Das Innenleben der KI ist wie eine Blackbox“

Norbert Malanowski ist Projektleiter des Bereichs Innovationspolitik beim VDI-Technologiezentrum Düsseldorf. Er äußert sich zu Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz, über Gefahren für Arbeitnehmer und die Notwendigkeit, das Thema gewerkschaftlich offensiv zu bearbeiten.

Wo sehen Sie Gefahren für Arbeitnehmer?

Gegenwärtig wird nur marginal darüber diskutiert, was KI konkret für Arbeitsplätze in Zukunft bedeuten könnte. Das Negativszenario sieht so aus, dass die KI bestimmt, wie Arbeitsabläufe funktionieren sollen, und der Mensch diese nur noch ausführt. In vielen Bereichen könnte die KI den Menschen ersetzen, nicht nur bei Routinetätigkeiten. Das kann so weit gehen, dass die KI nicht nur den Wartungstechniker ersetzt – wobei ich derzeit für diesen Beruf mittelfristig sogar noch eine Aufwertung erwarte –, sondern auch den Onkologen.

Welche Rolle spielt die menschliche Intuition?

Ich habe in der chemischen und der pharmazeutischen Industrie Anlagenführer getroffen, die am Klang eines Rumpelns erkennen, ob eine Wartung dringlich ist. Ingenieure nennen das „Popometer“. Der Begriff kommt aus der Automobilentwicklung. Ingenieure setzen sich in ein Auto und spüren dank ihrer langjährigen Erfahrung, wenn etwas falsch vibriert. Die menschliche Erfahrung kann nicht ohne Weiteres von einer KI abgedeckt werden.

Wie viel Zeit bleibt den Gewerkschaften noch, gestaltend umfassend einzugreifen?

Ein bis drei Jahre. Heute sind die Gestal-

tungsmöglichkeiten noch groß. Wenn sich das Zeitfenster aber schließt, gehen die Einflussmöglichkeiten für Gewerkschaften für Gute Arbeit gen null. Entscheidend ist, dass

man versteht, dass heute das Thema

KI wichtig ist, keinen Aufschub duldet. Die IG BCE hat das Thema frühzeitig aufgegriffen, wir arbeiten sehr eng zusammen.

Gibt es Beispiele für Fehlentwicklungen?

Der Onlinehändler Amazon hatte einige Zeit eine KI in der Personalverwaltung eingesetzt. Die hat man wieder eingemottet. Es waren zuletzt bestimmte Kandidaten gar nicht mehr in Betracht gezogen worden. Amazon hatte zuvor viele sehr gute männliche Absolventen aus technischen

Fächern. Daraufhin hat die KI vorgeschlagen, weiterhin nur männliche Bewerber von Eliteuniversitäten wie Stanford einzustellen. Denn die KI war zu dem Schluss gekommen, dass bestimmte Universitäten eher künstlich ausgerichtet und damit weiblich seien – und hat Absolventinnen daraufhin herausgefiltert. Das Problem dahinter ist die sogenannte Blackbox, das undurchsichtige „Innenleben“ der KI. Es ist daher enorm wichtig, neue KI zu entwickeln, die nicht über eine Blackbox verfügen.

Quelle: igbce.de/themen/digitalisierung. Auszüge eines Interviews von Dirk Kirchberg. Das ganze Interview: <https://igbce.de/igbce/themen/digitalisierung/menschliche-erfahrung-ist-kaum-ersetzbar-28698>

TIPP:

Der Transformations-Innovations-Navigator (TIN) bietet Betriebsräten einfach anzuwendende Tools, um Veränderungsprozesse betrieblich und regional zu analysieren und beschäftigungspolitisch wirksame Strategien zu entwickeln.

Infos und Downloads:

Oder ihr fragt euren zuständigen Betriebssekretär.



Fortsetzung von Seite 1

Eine von der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichte Auswahl zeigt, welche Themen anstehen:

KI-Programme, die zum Beispiel mit Bewegungs- und Leistungsprofilen die Effizienz von Mitarbeitern am Arbeitsplatz analysieren, sollen unterbunden werden.

Aus Bewerbungsvideos kann KI angebliche Persönlichkeitsmerkmale herauslesen, etwa ob jemand innovativ ist. Sie sollen nicht (mehr) zulässig sein.

Aufnahmen am Arbeitsplatz: Sie sollen nur in Ausnahmefällen, z. B. zur Gefahrenabwehr, erlaubt sein.

Es muss geschützte Rückzugsräume geben, in denen man unbeobachtet sein kann. Weitere Regelungspläne betreffen Daten zum Gesundheitszustand und zum Aufenthaltsort, die politische Überzeugung, die sexuelle Orientierung oder die Herkunft der Beschäftigten.



HALLO JAVIS: „HOW TO BETRIEBSVEREINBARUNG“!

Hamburg // Wie kannst du deine JAV-Arbeit voranbringen? Was ist eine Betriebsvereinbarung? Und wie schreibt man sowas? Du möchtest dich mit anderen JAVis vernetzen? Dann nutze am Mittwoch, 5. Juli, von 8.00 bis 16.00 Uhr den „JAV-CONNECT“ im DGB-Jugendraum im Besenbinderhof 60, Hamburg. Anmeldungen an Julien Tolg: julien.tolg@igbce.de oder 040 2800 9617. JAVis können eine Freistellung nach § 37,6 BetrVG beantragen. Und schon am Freitag, 30. Juni, trifft sich die IGBCE-Jugend dort von 17.00 bis 20.00 Uhr zu einem Workshop zum Thema Homophobie und Gleichstellung.

Vernetzen und austauschen, weil sich die Probleme oftmals ähneln



Die JAVler aus dem Landesbezirk Nord bei der JAV-Konferenz. Mit dabei: Sharin Klick, Konstanze Rein und Deniz Kesici von Aurubis, Felix Ehlers und Morris Hadeler von AOS.

Berlin // Mehr als 200 Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen aus ganz Deutschland und aus vielen verschiedenen Branchen haben an der bundesweiten JAV-Konferenz der IGBCE teilgenommen, um sich mit anderen JAVis über ihre Erfahrungen auszutauschen und zu vernetzen. Denn von der Chemie-, über die Papier- und Kautschukbranche bis hin zur Glasindustrie: Oft ähneln sich die Probleme und Herausforderungen, vor denen die JAVis in ihrer Tätigkeit stehen. Aus dem Bezirk Hamburg/Harburg waren fünf JAVis von Aurubis Hamburg und AOS Stade dabei.

Schwerpunkt der dreitägigen Konferenz lag auf dem Thema Ausbildung und Fachkräftemangel. Denn Deutschland steht vor einem großen Problem: Es gibt zwei Millionen offene Stellen und gleichzeitig 400.000 mehr Menschen, die in Rente gehen werden, als aus der Schule in den Berufsbereich einmünden. Bei der politischen Einordnung der aktuellen Situation betonte Philipp Hering, Leiter der Abteilung Jugend der IGBCE: „Nicht nur junge Menschen sind auf Ausbildungen angewiesen. Dieses Thema geht jede und jeden in unseren Branchen etwas an – egal in welchem Alter und in welcher Position. Auch die Betriebe brauchen dringend mehr qualifizierte Fachkräfte.“ Neben der Energie- und Klimakrise sei der Fachkräftemangel die größte Herausforderung für die deutsche Wirtschaft.

Die IGBCE will sofort etwas ändern und hat daher die groß angelegte Kampagne „Ohne Ausbildung keine Zukunft“ gestartet. Ziel der Kampagne ist es, mit einem Problembewusstsein betriebliche Lösungen gegen den Fachkräftemangel zu bauen und diese in verbindlichen Vereinbarungen festzuhalten. Dadurch werden mit mehr betrieblicher Ausbildung die Facharbeiter*innen von morgen im Unternehmen ausgebildet.

In Workshops erlernten die JAVis auf der Konferenz dementsprechend rechtliche und tarifliche Handlungsmöglichkeiten zum Thema Ausbildung und mögliche Kooperationspartner kennen. Mehr Infos und Zugang zum Selfie-Generator:



INKLUSION ALS THEMA DES WETTBEWERBS

Hamburg // Welche Hamburger Betriebsgremien haben herausragende Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele der UN Menschenrechtskonvention auf den Weg gebracht oder vollendet? Das ist das Thema des Senator-Neumann-Preises 2023. Einsendeschluss ist der 12. Juli. Ein zweites Thema behandelt die Frage „Jung und inklusiv“? Das Preisgeld beträgt 20.000 €, davon entfallen 15.000 € auf den Hauptpreis und 5.000 € auf maximal zwei zu verteilende Nachwuchspreise. Verantwortlich ist die Senatskordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

Alle Infos:



DAS GEPLANTE GEBÄUDEENERGIEGESETZ (GEG)

Die Diskussion zum geplanten Gebäudeenergiegesetz (GEG) hat zu Verunsicherung geführt. Doch was beinhaltet das neue „Heizungsgesetz“ und was bedeutet es für mich? Muss ich jetzt mein Ersparnis in eine neue Heizung investieren oder kann ich mir bald keine beheizte Wohnung mehr leisten? Der DGB beantwortet die wichtigsten Fragen.



Tschüss, Henrike! Viel Erfolg und Glückauf in Schleswig-Holstein

Hamburg // Zum 1. September 2023 wird Henrike Rauber Bezirksleiterin der IGBCE Schleswig-Holstein. Ab 1. August 2023 wird sie schon im neuen Bezirk arbeiten und vom bisherigen Bezirksleiter Andreas Suß eingearbeitet; Andreas geht anschließend in den Ruhestand. Henrike kam 2008 zur IGBCE und 2010 in unseren Bezirk; zuletzt war sie Stellvertreterin von Jan Koltze.

„Das Team und ich bedauern sehr, dass Henrike uns verlässt“, sagt Jan, „aber ich kann sie auch verstehen: Diese Aufgabe zur Gestaltung gerade auch angesichts neuer Herausforderungen reizt sehr, ich bin sicher, dass sie sie meistern wird. Und unsere besten Wünsche werden sie begleiten!“

„Ich bin sehr gespannt und freue mich auf die neuen Herausforderungen“, sagt Henrike, „mir liegt die Arbeit im Team und die gemeinsame Arbeit mit den Ehrenamtlichen in den Unternehmen und in unseren Gremien, aber auch die politische Netzwerkarbeit für die Interessen der Beschäftigten sehr am Herzen. Das ist auch wichtig, weil Schleswig-Holstein zu den deutschen Brennpunkten der Transformation der Wirtschaft etwa bei der Versorgung mit zukunftssicherer Energie gehört.“



Henrike Rauber und Andreas Suß

Schon in Hamburg hat Henrike viel Innovatives auf den Weg gebracht, etwa bei den Themen Frauen, Gerechtigkeit und, als Vorbild viel beachtet und ebenfalls erfolgreich, bei der Schaffung und Etablierung des Betriebsrätenetzwerks im Industriepark Stade.

Henrike: „Ich war in Hamburg unter anderem schon für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Tatsächlich liegt mir auch sehr viel daran, unsere Erfolge zu benennen und zu kommunizieren.“

Drei Neue im Hauptvorstand der IGBCE

Der IGBCE-Beirat hat das bisherige Vorstandsmitglied Birgit Biermann (49) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Neu in den Geschäftsführenden Hauptvorstand wählte der Beirat Alexander Bercht (44), bislang Vorstandssekretär des Vorsitzenden, und Oliver Heinrich (46), bislang Leiter des IGBCE-Landesbezirks Nordost. Das Team kompletieren der Vorsitzende Michael Vassiliadis (59) und Vorstandsmitglied Francesco Grioli (51). Birgit Biermann soll künftig die Bereiche Sozialpolitik, Recht und Mitbestimmung verantworten, Francesco Grioli Wirtschaftspolitik, Industriegruppen und Betriebspolitik, Alexander Bercht Finanzen, Fachkräftepolitik und Konzernstrategien/ESG, Oliver Heinrich Tarifpolitik, Change-Management und Frauenpolitik. Die Wahlen waren nötig geworden,



Der künftige Geschäftsführende Hauptvorstand: Alexander Bercht, Francesco Grioli, Michael Vassiliadis, Birgit Biermann und Oliver Heinrich (von links)

weil Ralf Sikorski, aktuell stellvertretender Vorsitzender der IGBCE, und Vorstandsmitglied Karin Erhard ihre Mandate mit Wirkung zum 1. September niedergelegt habe (siehe auch „Report“ vom März 2023).

VOLLES HAUS BEIM NETZWERKTREFFEN

Stade // Großer Erfolg für das BR-Netzwerk in Stade: Mehr als 30 Teilnehmer*innen aus der Region haben sich über Transformation und die damit verbundenen Herausforderungen und Handlungsfelder für Arbeitnehmervertretungen informiert und die betrieblichen Folgen diskutiert. Selbstverständlich war auch Zeit zum Netzwerken und zum überbetrieblichen Austausch.

Beim nächsten Termin im September wird es um die europäische Chemikalienstrategie und den Umgang mit PFAS-Stoffen gehen, den per- und polyfluorierten Chemikalien.

FORDERUNG: MUT ZUR INKLUSION IM BETRIEB

Hannover // Alle klagen über Fachkräftemangel – dabei gibt es unter Menschen mit Behinderungen ein riesiges Potenzial an Arbeitskräften. Darauf lenkte die Jahrestagung der Schwerbehindertenvertretungen der IGBCE 2023 den Fokus unter dem Motto „Mut zum inklusiven Arbeitsmarkt“.

Fast 150 Engagierte waren in die Hauptverwaltung nach Hannover gereist.

Das Engagement der Schwerbehindertenvertretungen soll sichtbarer werden. Deswegen wird auf der Jahrestagung 2024 erstmals ein Inklusionspreis verliehen, kündigte Birgit Biermann an. Schwerbehindertenvertretungen der IGBCE können sich bewerben

ACHTUNG, IGBCE-SENIOREN: WICHTIGER TIPP VON HELMUT HURTZ

Hamburg // Helmut Hurtz vom Landesseniorenbeirat schlägt Alarm: Rentner sollten sich sofort um die Energiepreispauschale kümmern.



Laut Bundesverband Lohnsteuerhilfe besteht bei Bezug von steuerfreien Aufwandsentschädigungen ein Anspruch auf die Energiepreispauschale (EPP) aus dem zweiten Entlastungspaket. Voraussetzung für eine steuerfreie Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 12 EStG ist, dass diese aus öffentlichen Kassen bezahlt und in einem Bundes- oder Landesgesetz als Aufwandsentschädigung festgesetzt wird.

Hurtz, Mitglied im Bezirksvorstand der IGBCE Hamburg/Harburg (Bild): „Anmerken möchte ich, dass die Mitglieder im Vorstand der Seniorenbeiräte, in den Bezirks-Seniorenbeiräten und im Landes-Senioren-Beirat die Voraussetzungen zum Bezug der Energiepreispauschale erfüllen. Allerdings hat Hamburg diesem Personenkreis die EPP nicht ausgezahlt.“

Das bedeutet: Rasches Handeln ist angesagt, um die Energiepreispauschale noch bis zum 30. Juni über die Einkommensteuererklärung geltend zu machen. Hurtz: „Deshalb umgehend formlosen Antrag an das zuständige Finanzamt stellen und den Beleg über die Zugehörigkeit zu einer der oben aufgeführten Gremien nachreichen.“



PAY NOW EAT LATER



Unsere Belohnung für die Werbungen trifft garantiert jeden Geschmack: Ihr habt die Auswahl aus mehr als 300 Restaurants in und um Hamburg. Und ihr könnt einen tollen Abend bereits mit einem Gutschein über 75 Euro beginnen.

Ein Beispiel: In einer Stadt, die weltweit für ihr Vergnügungsviertel bekannt ist, geht es auch kulinarisch etwas lauter zu. Und so finden sich in Hamburg unzählige junge, lebhaftes Restaurants, mit guten Drinks und Sharing-Plates perfekt gemacht für kleine Gruppen.

Wir unterstützen nicht nur die lokale Gastronomie: Pro verkauften Geschenkgutschein finanzieren wir in Zusammenarbeit mit der Welthungerhilfe eine Schulmahlzeit in Malawi. Mehr: www.paynoweatlater.de

*

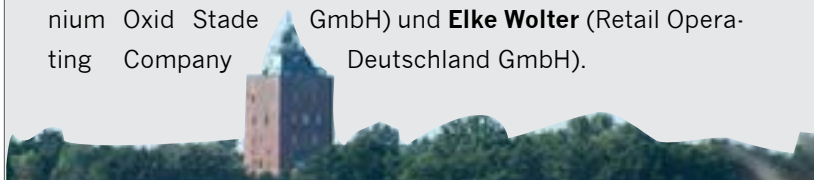
Ganz vorn im laufenden Wettbewerb ...

... und damit beste Aussichten auf eine freie Auswahl an Restaurants hat eine ganze Reihe von (Be)Werberinnen und (Be)Werbern. Sie kommen aus diesen Betrieben: **Schill & Seilacher Struktol GmbH, Aurubis AG, Evonik Dr. Straetmans GmbH, Trimet Aluminium SE, Evos Hamburg, New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG, Beiersdorf AG, Retail Operating Company Deutschland GmbH und ADM Hamburg AG.**

*

Auf nach Neuwerk!

Wir danken und gratulieren nach Losentscheid: **Lukas Knappe** (SGS Laboratory Services Hamburg), **Oliver Elsen** (Aluminium Oxid Stade GmbH) und **Elke Wolter** (Retail Operating Company Deutschland GmbH).



Wird vom Bezirk ausgefüllt

Mitgliedsnr. Werber*in (7-stellig)

Bezirksnr. (3-stellig)

Beitragshöhe (5-stellig)

Betriebsnr. (7-stellig)

Ortsgruppennr. (6-stellig)

**BEITRITTSERKLÄRUNG UND EINZUGSERMÄCHTIGUNG**

Vorname *

Name *

Geburtsdatum *

Geschlecht *

Nationalität (freiwillig)

Land

PLZ und Wohnort *

Straße und Hausnummer *

PRIVAT

E-Mail *

Telefon/Mobil *

DIENSTLICH

E-Mail

Telefon/Mobil

Eintrittsdatum IGBCE *

Übertritt/Vorgewerkschaft

Eintrittsgrund

Mtl. Bruttoeinkommen/Eingruppierung *

Vollzeit

Teilzeit

Beschäftigt bei *

PLZ und Ort *

Personalnummer

Abteilung

Werber*in

BERUFSGRUPPE (ZUTREFFENDES ANKREUZEN)

- | | |
|---|---|
| 01 <input type="checkbox"/> AT-Angestellte*r | 08 <input type="checkbox"/> Leiharbeiter |
| 02 <input type="checkbox"/> Ausbilder*in | 09 <input type="checkbox"/> Leitende*r Angestellte*r |
| 03 <input type="checkbox"/> Mitarbeiter*in im Außendienst | 10 <input type="checkbox"/> Meister*in |
| 04 <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin | 11 <input type="checkbox"/> Chemotechniker*in und Laborant*in, Chemikant*in |
| 05 <input type="checkbox"/> Handwerker*in und Facharbeiter*in | 12 <input type="checkbox"/> Angelernte, Hilfs-Facharbeiter |
| 06 <input type="checkbox"/> Ingenieure | 13 <input type="checkbox"/> Sonstige:
<input type="checkbox"/> Schüler*in/Student*in |
| 07 <input type="checkbox"/> Kaufmännische Angest. und Büroangest. | 14 <input type="checkbox"/> Technische*r Angestellte*r |

Ausbildungsbeginn *

Ausbildungsende *

Art der Ausbildung

-
- Ausbildung
-
- Berufsvorbereitung
-
- Duales Studium

INFORMATIONEN ZUM DATENSCHUTZ

Die IGBCE verarbeitet die Angaben in dieser Beitrittserklärung ausschließlich zu Zwecken der Mitgliederverwaltung, Mitgliederbetreuung, Mitgliederinformation, zur Beitragsberechnung und zum Beitragseinzug sowie zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben. Diese Angaben sind hierfür zwingend erforderlich; ohne ein vollständig ausgefülltes Formular kann die IGBCE die Beitrittserklärung nicht bearbeiten. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, 9 Abs. 2 lit. d DS-GVO. Die Angaben werden zu den vorgenannten Zwecken von der IGBCE für die Dauer der Mitgliedschaft verarbeitet, ggf. auch darüber hinaus, soweit entsprechende gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt.

Sie haben das Recht, in dem nach Art. 15 ff. DS-GVO vorgesehenen Umfang, jederzeit Auskunft über Ihre von der IGBCE verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie deren Berichtigung oder Löschung zu verlangen. Sie haben überdies ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde. Ausführliche Hinweise zum Datenschutz finden Sie hier: <https://igbce.de/datenschutz-mitglied>. Fragen und Beschwerden bearbeitet auch der/die Datenschutzbeauftragte der IGBCE unter datenschutz@igbce.de.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der IGBCE bei und erkenne die Satzung der IGBCE als für mich verbindlich an.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Beitrittsformular zutreffend sind und nehme den Datenschutzhinweis zur Kenntnis.

Ort und Datum *

Unterschrift *

* verpflichtende Felder

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.

IGBCE

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE13BCE00000131364

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats

Mandatsreferenz: (Mandatsreferenz = Mitgliedsnummer)**SEPA-Lastschriftmandat**

Ich ermächtige die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise (zum Ankreuzen)

Die Mitgliedsbeiträge sind grds. monatlich, jeweils am 01. des Folgemonats fällig. Mit Zustimmung des jeweils zuständigen Bezirks kann eine Zahlung aber auch nach den unten angegebenen Zahlungsrhythmen erfolgen. Der Bezirk kann die Zustimmung jederzeit widerrufen.

 monatlich
 vierteljährlich
 1. eines Monats

 halbjährlich
 15. eines Monats
 jährlich

Name und Vorname (Kontoinhaber*in)

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

IBAN

BIC

Ort und Datum

Unterschrift

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.